

Sehr geehrte Frau Stör-Ritter, sehr geehrter Herr Wisser, liebe Kolleginnen und Kollegen,
ist heute ein historischer Moment? Immerhin wird heute der erste HH nach dem Neuen Kommunalen Haushaltsrecht NKHR verabschiedet.

Das NKHR ermöglicht es anders als das kameralistische System, das Augenmerk auf die künftigen Jahre zu legen, nicht nur nach hinten zu schauen, sondern nach vorn. Wir können also erkennen, was die nächsten Jahre auf uns zukommt.

Ausgangslage:

HH auf Kante gefahren. Liquidität auf Null, hohes Risiko, da nicht absehbare (oder eher doch absehbare?) Mehrausgaben nicht ausgeglichen werden können.

Die Refinanzierung durch die Kreisgemeinden über die Kreisumlage erfolgt nicht im erforderlichen Umfang. Der Grundsatz, die Kreisumlage in der Höhe zu erheben, die notwendig ist, um den Ergebnishaushalt Soziales/Jugend als auch die Kosten für die Gymnasien, Kosten also, die allen Kreisgemeinden zu gute kommen, festzulegen (in diesem Jahr ca. 93 Mio) wird wieder einmal nicht umgesetzt. Über 1 Mio Euro zu wenig, zuzgl. Investitionen in Höhe von fast 5 Millionen. Würde man diesen vor zwei Jahren auch noch von der Verwaltung geforderten Grundsatz einhalten, würde das eine Erhöhung der Kreisumlage um ca. 2% bedeuten.

Bedarf von 97 Mio zu 93 Millionen, ein Loch von 4 Millionen bleibt und wird dadurch „gestopft“, indem man die Liquidität auf Null fährt mit all den genannten Risiken bis hin zur Notwendigkeit, ggf. eine Neuverschuldung über die veranschlagten 1,1 Millionen hinaus in Kauf zu nehmen.

Welche Rahmenbedingungen haben wir?

So gute wie noch nie! Die Steuerquelle sprudelt, Rekordeinnahmen folgen Rekordeinnahmen – und die Mehrheit des Kreistags meint, selbst in dieser Situation auf eine Neuverschuldung nicht verzichten zu können. Mit fadenscheinigen Argumenten: **das Geld sei so billig**. Diejenigen unter uns, die diese Aussage als Freibrief für Neuverschuldungen ansehen, sollten mal mit der Schuldnerberatung reden. Dort findet man Menschen, die sich billiges Geld aufschwätzen ließen und eine wesentliche Tatsache vergaßen: die Tilgung kommt bestimmt. Wenn auch der Zins gering ist, zurückzahlen muß man jeden Euro. Nicht heute, aber morgen.

Und hier wird es nun vollkommen abstrus.

Denn das **zweite Argument** gegen einen vernünftigen Hebesatz der Kreisumlage ist: **manchen Gemeinden geht es finanziell nicht gut**. Selbst heute, bei der Steuersituation, die alle Gemeinden begünstigt. Was wird passieren? Diese falsch verstandene Hilfe für die Kreisgemeinden wird zum Bumerang. Denn die Tilgung wird genau dann einsetzen, wenn die Steuerkraft sinkt, aber durch die Finanzausgleichssystematik auch gleichzeitig die FAG Mittel an die Gemeinden zurückgehen. Sehenden Auges werden die Gemeinden in den kommenden Jahren unnötig Zahlungen aufgebürdet, die bereits jetzt, in den guten Jahren, erledigt sein könnten. Das ist ein Bärenienst, den man den Gemeinden da macht, und das wissen auch alle, die Bürgermeister, die Kämmerer, die Kreisräte. Nur handeln will man nicht danach.

Zu den sinkenden FAG Mitteln gesellt sich noch ein jetzt schon absehbarer und prognostizierter Mehrbedarf an Finanzmitteln des Kreises. Bereits im Jahr 2016 wird der Finanzbedarf des Landkreises von derzeit 97 Millionen auf 99 Millionen steigen. Ebenfalls bekannt ist, dass spätestens nach **Einführung einer Mindestliquidität**, geplant sind 3% der Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit, ein Loch von bis zu 7 Mio Euro aufzutun wird. Zur Erinnerung: mit diesem Haushalt wird die Liquidität auf Null gefahren, ohne Not.

Der Landkreis vervespert gleich im ersten Jahr der Einführung den NKHR die ganze Liquidität

Was erwartet uns in der Zukunft?

Sozialhaushalt/Dezernat 2

Der Zuschussbedarf steigt im Vergleich der Planzahlen 2014 von 85,8 auf 89,5 Mio 2015. Dies entspricht Steigerung von ca. 3,7 Mio. EUR oder 4,3 %. Allerdings liegt die Hochrechnung für 2014 bereits bei etwa 88 Mio. EUR Zuschussbedarf! Die veranschlagten Ansätze des Jahres 2015 weisen also nur sehr geringe reale Steigerungen gegenüber 2014 auf. Nur wenn man ähnliche Fallzahlen zugrunde legt, was unrealistisch ist, nur wenn man meint, weder personell noch sonstige Konsequenzen aus den Geschehnissen in

Kappel ziehen zu müssen, was sehr unrealistisch ist, und nur wenn man davon ausgeht, dass es zu keinen tariflichen Entgeltsteigerungen kommen wird, was absolut unwahrscheinlich ist, kann dieser Teilhaushalt Bestand haben. Hinzu kommen erforderliche Investitionen im Finanzhaushalt für Flüchtlinge in einer Größenordnung von 1,1 Mio. EUR, so dass insgesamt ca. 90,6 Mio. EUR Zahlungsmittelbedarf für Soziales und Jugend veranschlagt werden. **Entwicklung der Flüchtlingszahlen???**

„Aufgrund der unsicheren Planungsgrundlagen ist die Veranschlagung von Leistungsausgaben sowie Unterbringungs- und Betreuungskosten für die aufzunehmenden Flüchtlinge mit hohen Risiken behaftet.“

Der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald hat sich einiges vorgenommen in den kommenden Jahren. Es gibt nicht nur Einflüsse von außen, auch die Eigenentwicklung kostet Geld – und die wir nachhaltig unterstützen! Z.B.

Schulen: GIPS

Geschätzte Vorhabenkosten 91 Mio, Kreisanteil 78,7 Mio, bis 2014 bereits umgesetzt 42 Mio bzw. 33 Mio, bleiben noch 49 bzw. 44,5 Mio Kreisanteil bis 2019 – und das alles über neue Schulden???

(Neubau Gewerbliches Gymnasium Bad Krozingen oder Müllheim, Titisee-Neustadt Hans-Thoma als auch KG, Staufen Sporthalle, Bad Krozingen, Breisach, Müllheim, Gundelfingen)

Quelle:

Beschlussdokument DRS 68/2014 - Schul- und Kulturausschuss [Di. 07.10.2014 14:30 Uhr](#)
Gesamt-Investitionsprogramm Schulen 2012 - 2025 (GIPS);
Umsetzung im Haushaltsjahr 2015

Wie reagiert der Landkreis?

Gar nicht. Der Kreistag verschließt die Augen vor der klar erkennbaren Entwicklung.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sind „vernünftig“ genug, trotz der vorgenannten Argumente auf den Antrag, die Kreisumlage um 2% zu erhöhen, zu verzichten. Wir wissen, dieser Antrag würde außer in den eigenen Reihen kaum Unterstützung finden. Nach dem Motto: „Der Spatz in der Hand ist besser als die Taube auf dem Dach“ stellen wir aber gemeinsam mit der SPD und der FDP den Antrag, die Kreisumlage wenigstens soweit zu erhöhen, dass im HH Jahr 2015 die in den Ausschüssen beschlossenen Mehrausgaben gedeckt sind und keine Neuverschuldung notwendig wird. Nach Auskunft des Kreiskämmerers bedeutet das eine Anhebung des Hebesatzes um weitere 0,37 % auf 33,37%. Die hohen Risiken des HH 2015, die auch das RP sieht und in seinem Brief an den Landkreis deutlich angesprochen hat, werden dadurch nicht verringert. Diese Risiken bleiben nach wie vor im Raum stehen. Aber: eine planmäßige Neuverschuldung muss tabu sein.

Es gibt auch so manch positives zu berichten. So hat sich ein einer breiten unstrittigen Diskussion gezeigt, dass mittlerweile alle Fraktionen bereit sind, im Bereich der Jugendmusikschulen (der Antrag vor drei Jahren ist ja leider am Widerstand der CDU gescheitert), der Sportförderung, Sonderschulkindergarten Heiterheim, Suchtberatung den gestiegenen Kosten oder Anforderungen (oder beidem) entsprechend höhere Zuschüsse zu geben. Verwundert hat nur die fast schon als traditionell zu bezeichnende Kürzung der Zuschüsse an die Jugendverbände. Die im Jugendhilfeausschuss beschlossene Erhöhung um jeweils 11000 Euro im Jahr 2015 und im Jahr 2016 wurden im VuFA um ganze 3000 Euro auf nunmehr 8000 Euro gekürzt – wahrscheinlich handelt es sich hierbei um den hilflosen Versuch, die bekannten Risiken im HH 2015, der ja immerhin ein Volumen von über 250 Mio Euro hat, einzudämmen?!?

Wir werden auch hier den bereits vom Jugendhilfeausschuss beschlossenen höheren Zuschuss nochmals zur Abstimmung stellen.

Der HH 2015 an sich kann von unserer Fraktion mitgetragen werden, er enthält wichtige Weichenstellungen für die Zukunft (Schulbau etc).

Der HH 2015 enthält nur einen entscheidenden Fehler, und der liegt im fehlenden Willen, die wichtigen Aufgaben des Landkreises, die dieser für die Kreisgemeinden übernimmt, auch ausreichend finanziell zu unterstützen. Das führte in der Vergangenheit schon dazu, dass wir die Möglichkeiten des Schuldenabbaus zu wenig genutzt haben und führt aktuell dazu, sogar noch über eine Millionen draufsatteln. Deshalb wird unsere Fraktion die Zustimmung zum Haushalt davon abhängig machen, ob der interfraktionelle Antrag auf Angleichung der Kreisumlage auf eine angemessene Höhe eine Mehrheit finden wird.

Appell an Kreistag, dem Antrag auf Anpassung der Kreisumlage um 0,37% zuzustimmen

Danke an die Kämmerei, Herrn Wisser für seinen Besuch in der Fraktion

Danke für die Aufmerksamkeit.

Leopold Winterhalder Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„Es gilt das gesprochene Wort“